

Haase, Mathis; Lehmann, Robert; Thum, Marcel

Article

Mögliche Auswirkungen der US-Zollpolitik auf die industrielle Wertschöpfung der Bundesländer

ifo Schnelldienst Digital

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Haase, Mathis; Lehmann, Robert; Thum, Marcel (2025) : Mögliche Auswirkungen der US-Zollpolitik auf die industrielle Wertschöpfung der Bundesländer, ifo Schnelldienst Digital, ISSN 2700-8371, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 6, Iss. 10, pp. 1-4

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/320448>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

A close-up photograph of a person's hand wearing a light blue nitrile glove, reaching into a large stack of metal rods. The rods are arranged in neat rows, with some appearing dark grey and others a reddish-brown color. The background is slightly blurred, showing more of the industrial environment.

Mögliche Auswirkungen der US-Zollpolitik auf die industrielle Wertschöpf- fung der Bundesländer

Mathis Haase, Robert Lehmann und Marcel Thum

Impressum
ifo Schnelldienst digital
ISSN 2700-8371

Herausgeber: ifo Institut
Poschingerstraße 5
81679 München

Telefon: (089) 92 24-0
E-Mail: ifo@ifo.de
Internet: www.ifo.de

Redaktion: Annette Marquardt
Dr. Cornelia Geißler

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest
Prof. Dr. Oliver Falck
Prof. Dr. Lisandra Flach
Prof. Dr. Sarah Necker
Prof. Dr. Karen Pittel
Prof. Dr. Niklas Potrafke
Prof. Dr. Panu Poutvaara
Prof. Dr. Andreas Peichl
Prof. Dr. Helmut Rainer
Prof. Dr. Marcel Thum
Prof. Dr. Ludger Wößmann

Titelbild: © Unsplash | Getty Images

Vertrieb: ifo Institut

Erscheinungsweise: unregelmäßig

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.
Kommerzielle Verwertung der Daten, auch über elektronische Medien,
nur mit Genehmigung des ifo Instituts.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Mögliche Auswirkungen der US-Zollpolitik auf die industrielle Wertschöpfung der Bundesländer

Mathis Haase*, Robert Lehmann und Marcel Thum

In Kürze

Die – ab dem 9. Juli 2025 möglicherweise noch verschärfte – US-Zollpolitik dürfte die deutsche Industrie, je nach Ausgestaltung, empfindlich treffen. Aufgrund wirtschaftsstruktureller Unterschiede sind die Auswirkungen zwischen den Bundesländern sehr heterogen. Vor allem das Saarland, Niedersachsen und Baden-Württemberg dürften am stärksten betroffen sein. Die geringsten Auswirkungen sind für Sachsen-Anhalt und die drei norddeutschen Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zu erwarten.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika schürt massive handelspolitische Unsicherheit mit seiner erratischen Zollpolitik. Anfang Juli läuft die 90-tägige Verhandlungspause aus, mit der die vom US-Präsidenten als „reziprok“ bezeichneten länderspezifischen Zölle vom 2. April 2025, dem „Liberation Day“, wieder in Kraft treten. Diese Zölle von bis zu 50% auf EU-Importe dürften vor allem exportorientierte Volkswirtschaften wie Deutschland, und hier vor allem deren Industrie, erheblich treffen. Baur et al. (2025a) simulieren, welche Effekte die US-Zollpolitik auf die deutschen Exporte sowie die Wertschöpfung haben könnten. In allen Szenarien sinken die Exporte in die USA dramatisch und es kommt zu deutlichen Wertschöpfungsverlusten der hiesigen Industrie. Im pessimistischsten Szenario könnte die Wertschöpfung der deutschen Industrie mittelfristig sogar um 2,8% abnehmen.

Innerhalb Deutschlands bestehen erhebliche wirtschaftsstrukturelle Unterschiede, womit auch die Zolleffekte heterogen über die deutschen Bundesländer verteilt sein dürften. Der vorliegende Artikel soll dieser Frage nachgehen. Konsistent mit der methodischen Vorgehensweise von Baur et al. (2025a), die auf dem ifo Handelsmodell beruht, regionalisieren wir deren gesamtdeutschen Wertschöpfungseffekte und berechnen die industrielle Betroffenheit der deutschen Bundesländer durch die US-amerikanische Zollpolitik.

Regionalisierung der Zolleffekte

Die Grundlage für die vorliegende Regionalisierung bilden die produktspezifischen Effekte von Baur et al. (2025a) für Gesamtdeutschland. Baur et al. verwenden das ifo Handelsmodell, ein statisches allgemeines Gleichgewichtsmodell, das 90% der globalen Wertschöpfung abdeckt und sich auf über 120 Länder und 65 Wirtschaftszweige erstreckt (Baur

* Mathis Haase war bei der Erstellung dieses Beitrags Praktikant an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts.

et al. 2025b; Aichele et al. 2016). Die Ergebnisse von Baur et al. (2025a) geben Auskunft darüber, welche Verluste sich mittelfristig für die deutsche Industrie einstellen, wenn sich die US-Zollpolitik verstetigen würde. Dabei unterstellen sie drei stilisierte Szenarien, die eine Spannweite der Wirkungen der US-Zollpolitik abbilden sollen; kurzfristige Änderungen im Kurs der amerikanischen Handelspolitik gelten dabei jedoch als sehr wahrscheinlich. Die drei stilisierten Szenarien sind folgendermaßen definiert, wobei in allen Szenarien unterstellt wird, dass die Handelspartner nicht mit Vergeltungszöllen reagieren.

Szenario 1: Übergangsregeln nach Liberation Day

Die Zollpause für die angedrohten Zölle von bis zu 50% bleibt bestehen. Gegenüber den meisten Handelspartnern wird weiterhin ein Basiszoll von 10% erhoben, wobei es Ausnahmen vom Basiszoll für spezifische Produktgruppen gibt, da sie entweder bereits mit höheren Zöllen belegt sind (25% auf Stahl, Autos etc.) oder Untersuchungen laufen (Pharmazeutik, Elektronik).

Szenario 2: Trumps reziproke Zölle und produktspezifische Zölle

Einführung der von der US-Regierung als reziprok bezeichneten Zölle nach dem Ende der Verhandlungspause. Auf EU-Importe werden dann Zölle in Höhe von 50% erhoben. Produktspezifische Ausnahmen gibt es für Pharma- und Elektronikprodukte, auf die ein Zoll von 25% erhoben wird.

Szenario 3: Lediglich produktspezifische Zölle

Länderspezifische Zölle sind durch das Urteil des US-Bundesgerichts weiterhin ausgesetzt. Produktspezifische Zölle wie jene auf Pharma- und Elektronikprodukten werden hingegen analog zu Szenario 2 eingeführt.

Für alle drei Szenarien liegen uns die Wertschöpfungsverluste nach einzelnen Produkten bzw. Wirtschaftsbereichen für Deutschland insgesamt vor, die wir anschließend mit länderspezifischen Gewichten zum gesamten Verarbeitenden Gewerbe auf die einzelnen Bundesländer verteilen. Die Annahme dahinter ist, dass die produktspezifischen Zölle in jedem Bundesland gleich wirken, sich das Gesamtergebnis aber aufgrund der unterschiedlichen Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche je Bundesland unterscheidet.

Als länderspezifische Gewichte nutzen wir die Wertschöpfungsgewichte der Wirtschaftsbereiche auf Basis der regionalisierten Input-Output-Tabelle (IO-Tabelle) für Deutschland nach Krebs (2020), die sogar bis auf die Ebene der

Landkreise und kreisfreien Städte reicht.¹ Die Produkt- bzw. Wirtschaftsbereichsabgrenzungen zwischen der IO-Tabelle und Baur et al. (2025a) sind nicht ganz deckungsgleich, wobei die Angaben von Krebs (2020) etwas grober ausfallen. Um gleiche Abgrenzungen zu erzeugen, haben wir die Wertschöpfungsangaben nach Krebs (2020) auf die Bereiche nach Baur et al. (2025a) mittels aktuellen Beschäftigungsgewichten heruntergebrochen (Bundesagentur für Arbeit 2024a, 2024b). Anders ausgedrückt: Die Verteilung der Wertschöpfung eines Oberaggregats erfolgt mittels Beschäftigungsgewichten der jeweiligen Unteraggregate. Im Anschluss konnten dann Wertschöpfungsgewichte für alle Bereiche nach Baur et al. (2025a) approximiert werden, um dann einen gesamtindustriellen Effekt je Bundesland zu berechnen.

Saarland, Niedersachsen und Baden-Württemberg tendenziell am stärksten betroffen

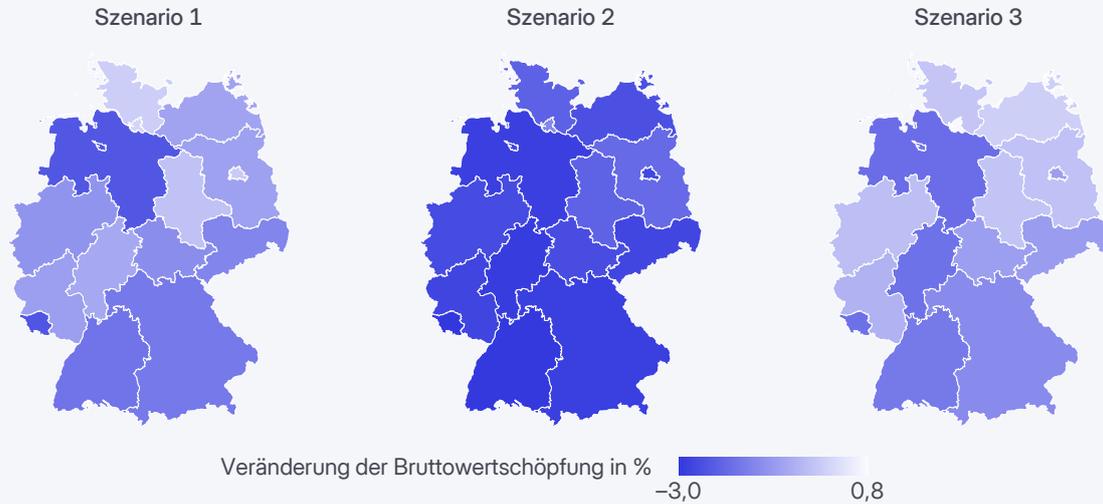
Insgesamt zeigt sich eine große Heterogenität der Effekte zwischen den Bundesländern, je nachdem, welches Szenario betrachtet wird (vgl. Abb. 1); die entsprechenden Zahlenwerte finden sich in Tabelle 1. In Szenario 2 fällt die Heterogenität zwischen den Bundesländern deutlich geringer aus als in den anderen beiden Szenarien, da dort angenommen wird, dass ein flächendeckender Zollsatz von 50% auf alle Güter beschlossen wird. Ähnlich heterogene Ergebnisse, bei leicht anderen Zollszenarien, finden Christen et al. (2025) auf der Ebene der deutschen Regierungsbezirke. In deren Studie werden die Effekte für die Gesamtwirtschaft ermittelt, während wir uns auf das Verarbeitende Gewerbe konzentrieren. Generell ermitteln beide Studien Wertschöpfungsverluste in ähnlicher Größenordnung für die einzelnen industriellen Wirtschaftsbereiche. Damit dürften auch die relativen Betroffenheiten zwischen den Bundesländern eine ähnliche Rangfolge wie bei uns aufweisen.

Die Rangfolgen der Betroffenheit zwischen den Bundesländern sind recht stark über die drei Szenarien korreliert (Rangkorrelation größer 0,7). Über alle drei Szenarien hinweg sind in der Tendenz die Bundesländer Saarland, Niedersachsen und Baden-Württemberg am stärksten von der US-Zollpolitik betroffen. Je nach Szenario dürfte die industrielle Wertschöpfung hier zwischen 1,7% und 3,0% schrumpfen. Die drei Bundesländer zeichnen sich durch eine hohe Bedeutung der Automobilindustrie aus, wodurch die insgesamt stärkere Betroffenheit zu erklären ist. Es folgen die Bundesländer Bremen und Bayern, die sich

¹ Neben Wertschöpfungsgewichten haben wir ebenfalls Beschäftigungsgewichte auf Basis der Angaben der Bundesagentur für Arbeit (2024a, 2024b) angewendet und kommen zu qualitativ gleichen Ergebnissen. Die Rangkorrelation zwischen den Bundesländern lag in allen drei Szenarien bei Werten größer als 0,8. Aus diesem Grund wird auf den Ausweis dieser Ergebnisse verzichtet.

Abb. 1

Wertschöpfungsverluste im Verarbeitenden Gewerbe^a



^a Szenario 1: Status quo nach Liberation Day und Basiszoll auf alle Länder; Szenario 2: Trumps reziproke und produktspezifische Zölle; Szenario 3: Keine länder- nur produktspezifische Zölle
 Quelle: Baur et al. (2025a); Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 1

Wertschöpfungsverluste im Verarbeitenden Gewerbe nach Szenario (in %)^a

Bundesland	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
Baden-Württemberg	-1,8	-3,0	-1,7
Bayern	-1,7	-2,9	-1,4
Berlin	-0,2	-2,7	-1,0
Brandenburg	-1,0	-2,0	-0,4
Bremen	-2,4	-2,7	-1,8
Hamburg	-0,0	-1,5	0,7
Hessen	-0,9	-2,9	-1,9
Mecklenburg-Vorpommern	-0,9	-2,5	-0,1
Niedersachsen	-2,4	-2,8	-2,0
Nordrhein-Westfalen	-1,2	-2,6	-0,4
Rheinland-Pfalz	-1,0	-2,7	-0,7
Saarland	-2,4	-3,0	-1,9
Sachsen	-1,5	-2,7	-1,1
Sachsen-Anhalt	-0,4	-2,2	-0,3
Schleswig-Holstein	-0,1	-2,2	-0,3
Thüringen	-1,4	-2,6	-1,0

^a Szenario 1: Status quo nach Liberation Day und Basiszoll auf alle Länder; Szenario 2: Trumps reziproke und produktspezifische Zölle; Szenario 3: Keine länder- nur produktspezifische Zölle.

Quelle: Baur et al. (2025a); Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

ebenfalls durch eine starke Präsenz der Automobilindustrie auszeichnen. Im Fall von Bremen spielt die Stahlindustrie eine wichtige Rolle, deren Produkte – analog zum Fahrzeugbau – mit einem produktspezifischen Zoll in Höhe von 25 % belegt werden sollen (Szenario 1 und 3).

Die geringsten Betroffenheiten zeigen sich für Sachsen-Anhalt und die drei norddeutschen Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Hamburg ist sogar das einzige Bundesland, das entweder insgesamt nur leicht negative Effekte aufweist (Szenario 1) oder von der Zollpolitik sogar profitiert (Szenario 3). Maßgeblich hierfür sind die Effekte für den Sonstigen Fahrzeugbau (Schiffe etc.), der sowohl in Szenario 1 als auch in Szenario 3, möglicherweise als Reaktion auf Umlenkungseffekte, profitiert. Der Sonstige Fahrzeugbau hat für die hamburgische Industrie insgesamt ein sehr hohes Gewicht, so dass die negativen Zolleffekte anderer Industriebereiche mehr als kompensiert werden.

Hessen sticht vor allem durch die Diskrepanz zwischen Szenario 1 und Szenario 3 hervor. Während die Betroffenheit in Szenario 1 noch recht moderat ausfällt, kommt es in Szenario 3 zu einem kräftigen Rückgang. Ursächlich hierfür ist die starke Bedeutung der Pharmaindustrie in Hessen. Der gleiche Befund gilt für Berlin, das ebenfalls eine starke Präsenz der Pharmaindustrie und zugleich einen hohen Wertschöpfungsanteil bei Elektronikergebnissen aufweist. In Szenario 3 wird angenommen, dass es ausschließlich zu produktspezifischen Zöllen kommt und die bislang auf Pharma- und Elektronikprodukte ausgesetzten Zölle in Höhe von 25 % erhoben werden. Im Gegensatz dazu wird in Szenario 1 angenommen, dass diese produktspezifischen Zölle aufgrund laufender Untersuchungen weiterhin ausgesetzt bleiben. •

Referenzen

Aichele, R., G. Felbermayr und I. Heiland (2016), "Going Deep: The Trade and Welfare Effects of TTIP Revised", ifo Working Paper 219.

Baur, A., L. Flach und L. Scheckenhofer (2025a), „Von Zolllücken und Zolleffekten: Trumps Handelspolitik 2.0 und ihre Folgen für die deutsche Wirtschaft“, *ifo Schnelldienst* 78(6), 4–11.

Baur, A., F. Dorn, L. Flach und C. Fuest (2025b), "Goeconomic Fragmentation and the Role of Non-aligned Countries", CRC Discussion Paper 526.

Bundesagentur für Arbeit (2024a), Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ 2008) – Deutschland, West/Ost und Länder (Quartalszahlen) September 2024, Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2024b), Länderreport über Beschäftigte – Deutschland, West/Ost und Länder (Quartalszahlen und Zeitreihen) September 2024, Nürnberg.

Christen, E., G. Felbermayr, H. Mahlkow und A. Sandkamp (2025), *Transatlantische Kooperation statt Zollkrieg – Szenarien, Optionen, Lösungsansätze*, Studie im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen, München.

Krebs, O. (2020), "RIOTs in Germany – Constructing an Interregional Input-Output Table for Germany", University of Tübingen Working Papers in Business and Economics 132.